



CIPRA
LEBEN IN
DEN ALPEN



BODENSCHUTZ AUS DER PERSPEKTIVE DER ALPENKONVENTION

Paul Kuncio
Geschäftsführer CIPRA Österreich
Leiter des Alpenkonventionsbüros

Mit Unterstützung von Bund und Europäischer Union

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie



Europäische Union
Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in die ländlichen
Gebiete.



Die Internationale
Alpenschutzkommission
Für eine nachhaltige
Entwicklung im Alpenraum



CIPRA
LEBEN IN
DEN ALPEN

Bild: Cristian Castelnuovo

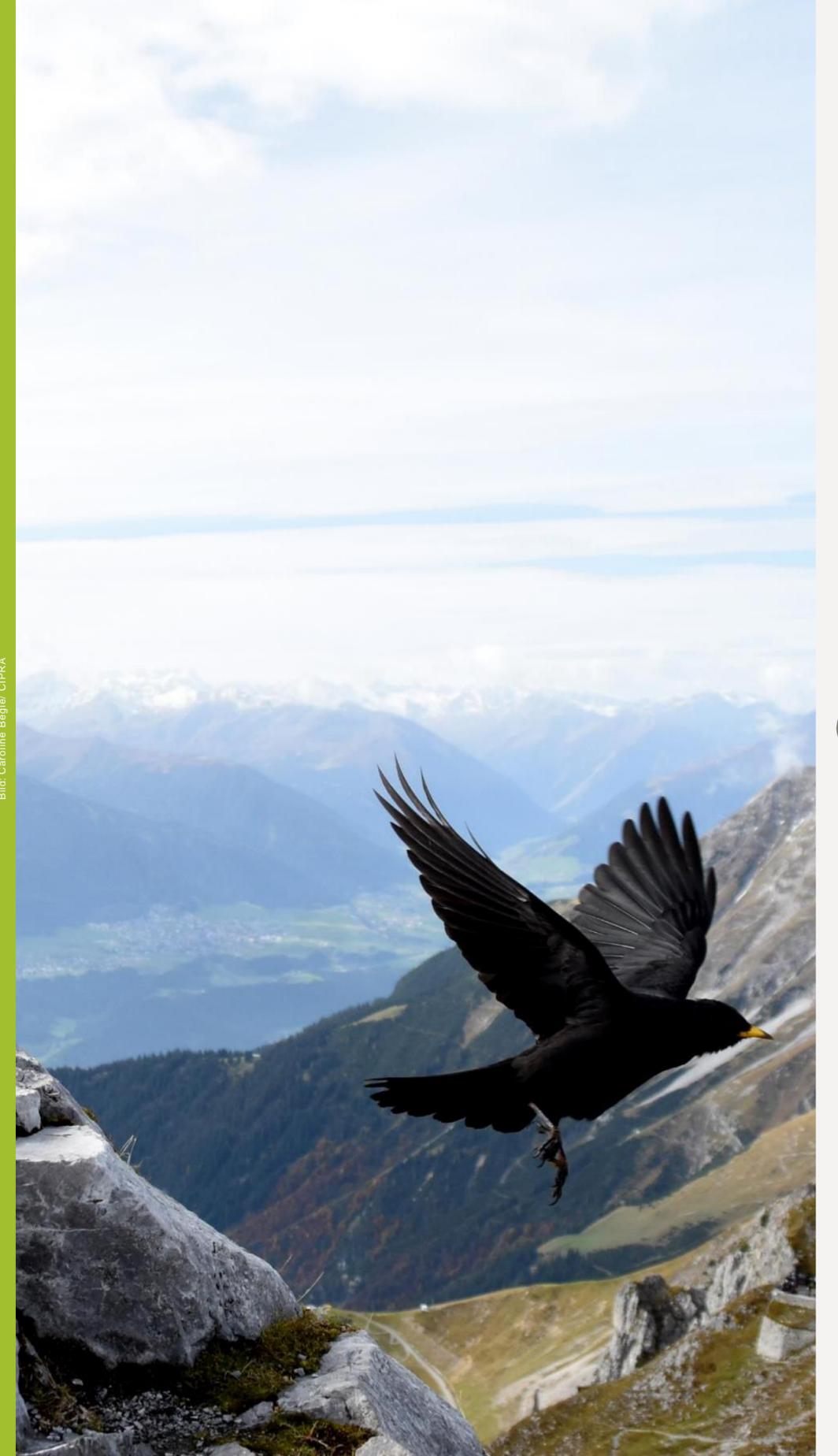


26. April 2023
6. Grazer
Umweltrechtsforum 2023

Übersicht

- Bodenschutz in der Rahmenkonvention**
- BSchP als völkerrechtlicher Vertrag und Bestandteil des Unionsrechts**
- BSchP in der österreichischen Rechtsordnung**
- Ausgewählte Bestimmungen des BSchP**
- Zusammenfassung**

Bild: Caroline Begle / CIPRA



Bodenschutz in der Rahmenkonvention

Ganzheitliche Politik zur
Erhaltung und zum Schutz der
Alpen

Art 2 Abs 2 lit d:
Ziel der Verminderung der
quantitativen und qualitativen
Bodenbeeinträchtigungen,
(...)

Bild: Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention



ALPENKONVENTION
CONVENTION ALPINE
ALPSKA KONVENCIJA
CONVENZIONE DELLE ALPI

Wegweisend für nachhaltiges Leben in den Alpen



BSchP – der völkerrechtliche Vertrag

seit 18.12.2002 in Kraft

Ohne Erfüllungsvorbehalt ratifiziert

Vermutung der unmittelbaren
Anwendbarkeit

Einzelfallprüfung – Art 18 B-VG
Bestimmtheitsgebot

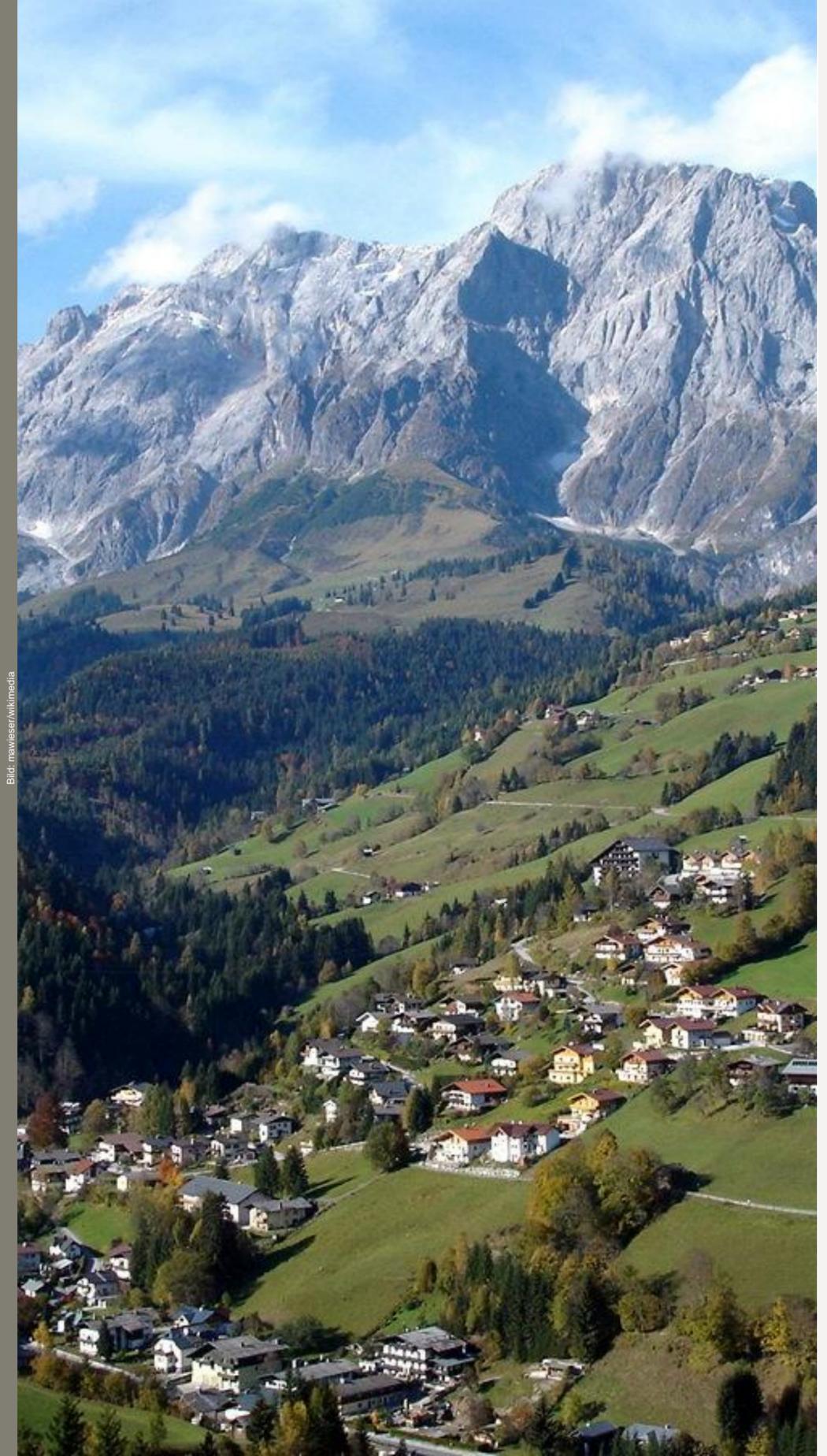


Bild: maweser/wikimedia



BSchP – Bestandteil des Unionsrechts

Eines von fünf ratifizierten Protokollen

Doppelte Bindungswirkung als gemischtes Abkommen iSd Art 216 Abs 2 AEUV

Integraler Bestandteil des Unionsrechts

Mezzaninrang zwischen Primär- und Sekundärrecht (Art 218 Abs 11 S 3 AEUV)



Bild: geibergem/pixabay



BSchP in der öst. Rechtsordnung

- Rang eines einfachen Bundesgesetzes
- über den innerstaatlichen Rechtsbestand hinausgehend
- Unmittelbare Anwendung ohne innerstaatlichen Umsetzungsakt

Bodenschutzprotokoll

Art 4: Berücksichtigung der Ziele in den anderen Politiken

innerstaatliches Recht

zB § 104 Abs 1 lit c WRG: Maßnahmen zum Schutz ua des Bodens bei Erteilung einer wasserwirtschaftlichen Bewilligung

Art 6: Einbeziehung schützenswerter Böden bei der Ausweisung von Schutzgebieten

Eigene Bodenschutzgebiete kennt das innerstaatliche Recht nicht. Der Schutz bestimmter Böden ist Teil des naturschutzrechtlichen Zonenschutzes (zB § 24 Abs 1 lit e Sbg NSchG; Ex-lege-Schutz des alpinen Ödlands einschließlich der Gletscher und deren Umfeld; vgl auch § 6 und § 7 Krnt NSchG, § 23 Vbg NSchG) und naturschutzrechtlicher Schutzgebietsausweisungen



Inhalte des BSchP

Bild: Anagoria/wikimedia



Ziele und Grundverpflichtungen

Präambel:

... im Bewusstsein, dass Beanspruchungen des Bodens insbesondere durch Siedlungsentwicklung, Industrie und Gewerbe, Infrastrukturen, [...] zu quantitativen und qualitativen Bodenbeeinträchtigungen führen können und deshalb bereichsübergreifend für den Bodenschutz entsprechende Maßnahmen zur Vorsorge sowie Schadensbegrenzung und -beseitigung vorgeschlagen werden sollen.

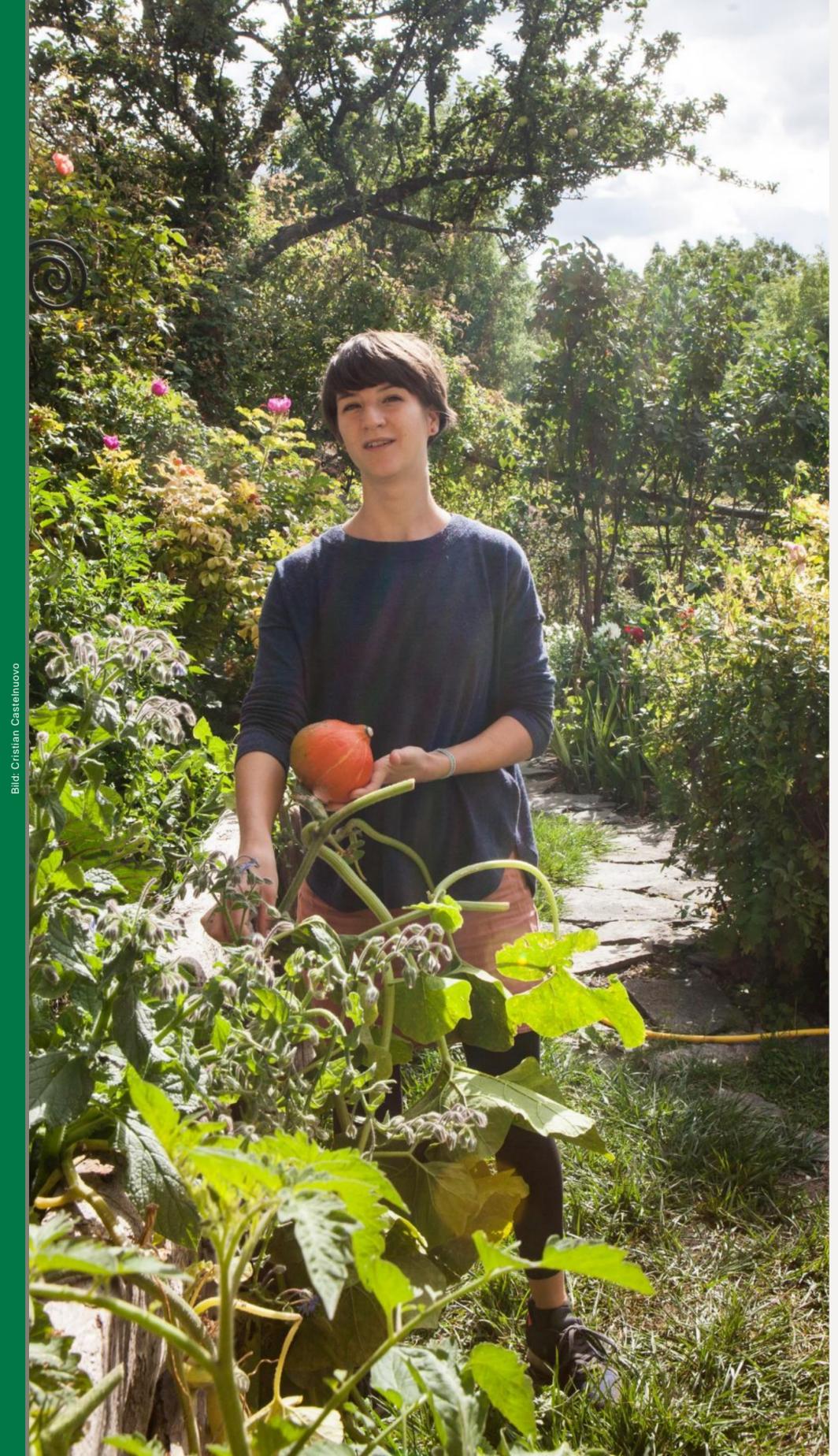


Bild: Cristian Castelnuovo



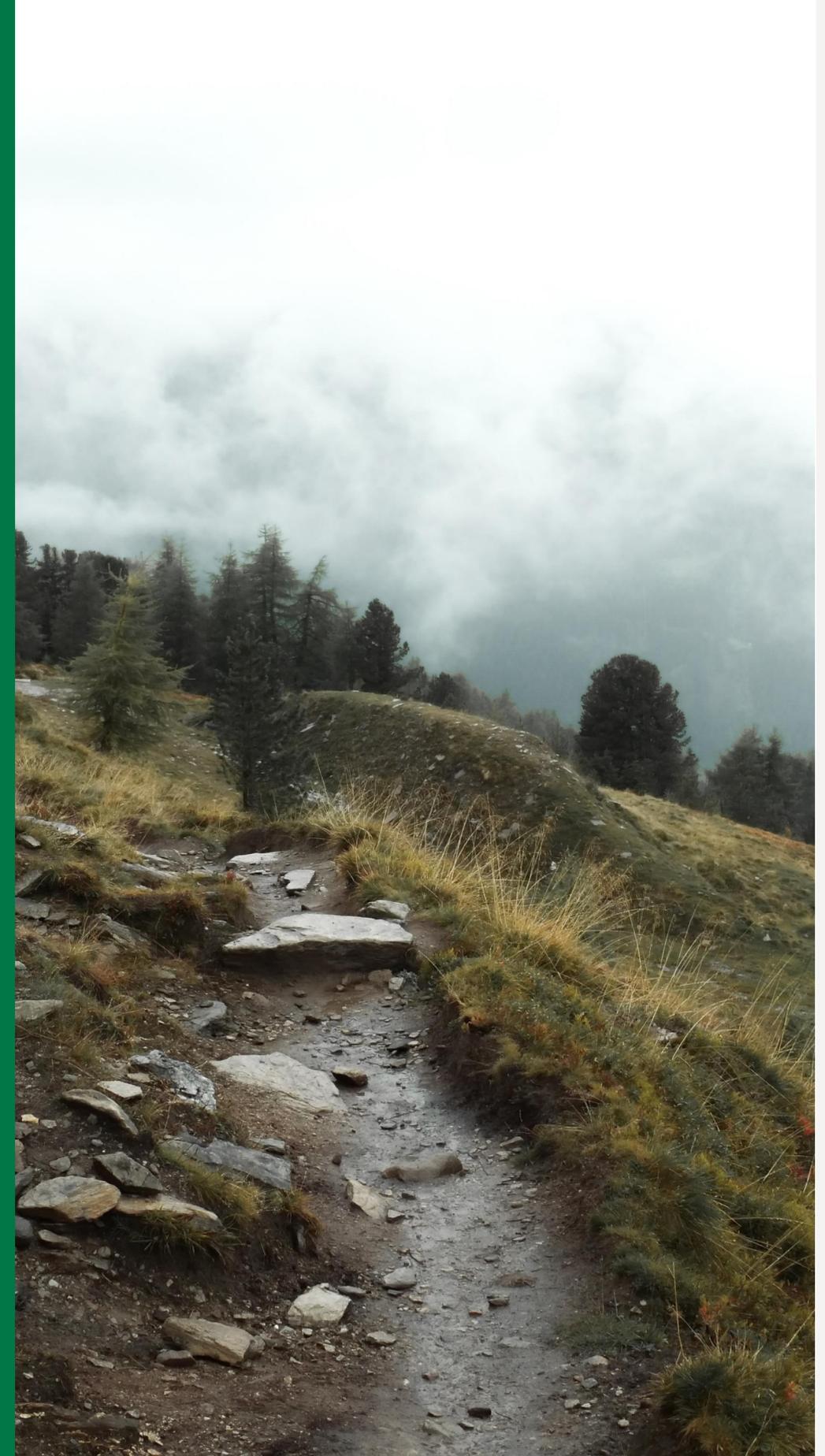
Ziele und Grundverpflichtungen

Ziele iSd Art 1 Abs 2:

Erhalt der zahlreichen Funktionen des Bodens und der Ökosystemleistungen

- Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen, Mikroorganismen, Teil des Naturhaushaltes, [...]
- Sicherung der Nutzung für Land- und Weidewirtschaft, Forstwirtschaft
- Fläche für Siedlung und Tourismus [...]

Bild: Jeremy Boulton/unsplash



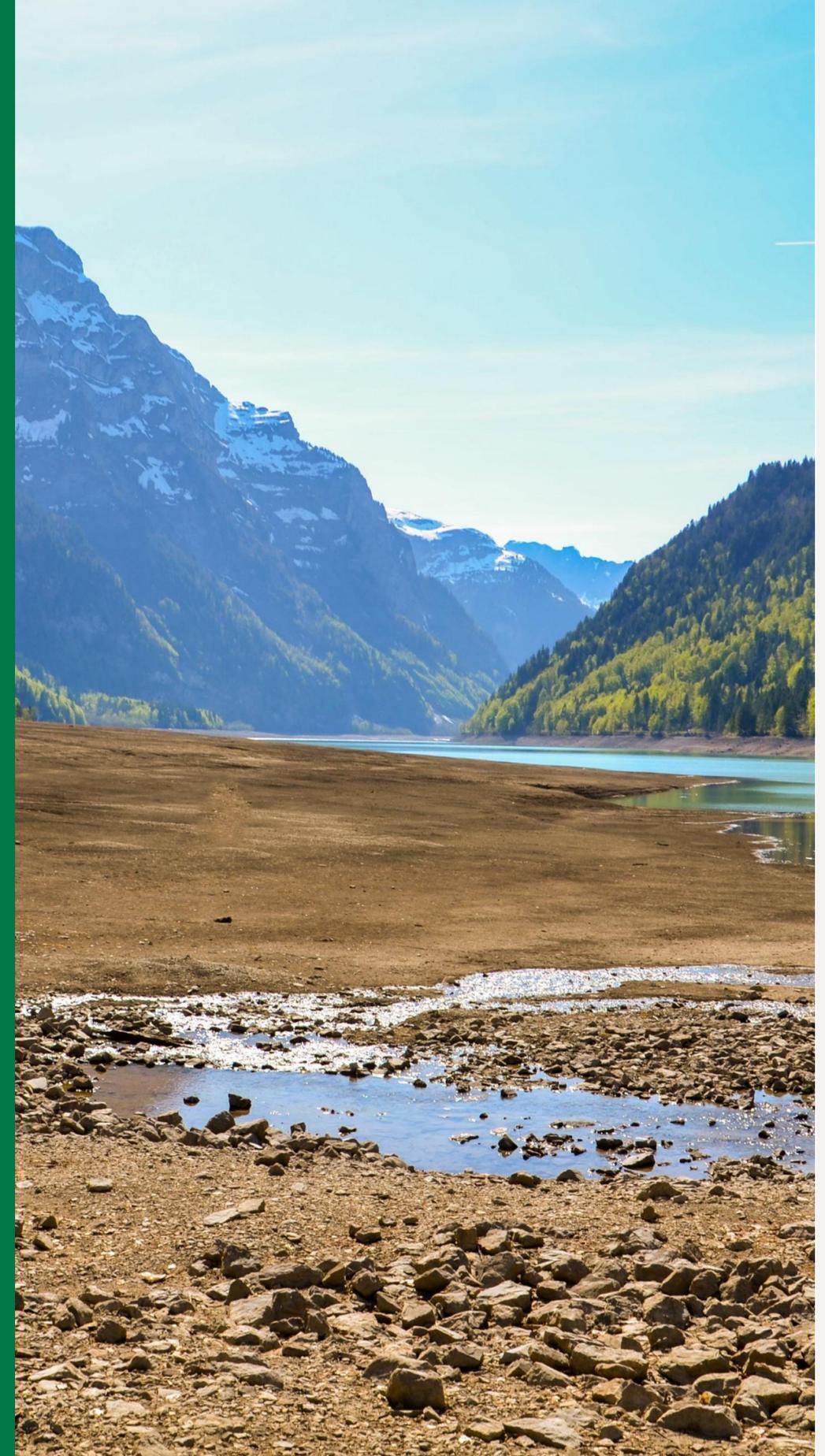
Vorrang der Schutzaspekte

Grundverpflichtungen gem. Art 2 BSchP

Den Schutz der Böden im Alpenraum sicherstellen

Vorrang von Schutzaspekten vor
Nutzungsaspekten bei Gefahr schwerwiegender
und nachhaltiger Beeinträchtigungen der
Funktionsfähigkeit der Böden

Bild: Sarah Löscher/pixabay



Ausgewählte Bestimmungen des BSchP

Bild: Nico Iseli/unsplash



Art 7 – Sparsamer und schonender Umgang mit Böden

Raumplanungsbezug (Art 9 Abs 3 RPIIP)

Berücksichtigung in der Erstellung und Umsetzung der Pläne und/oder Programme nach Art 9 Abs 3 RPIIP

Empfehlung des ÜA: Verbindliche Vorgaben für Gemeinden für wirksame Eindämmung des Boden-/Flächenverbrauchs

Weitere Vorgaben

- Innen- vor Außenentwicklung des Siedlungsraumes
- Renaturierung und Rekultivierung beeinträchtigter Böden



Bild: Nico Iselli/unsplash



Art 9 – Erhaltung der Böden in Feuchtgebieten und Mooren

Verpflichtungen:

Erhaltungspflicht (Abs 1)

Entwässerungsmaßnahmen nur in Ausnahmefällen (Abs 2)

Grds keine Nutzung von Moorböden, bei landwirtschaftlicher Nutzung nur unter Erhalt der Eigenart

Genehmigungspraxis:

Kein absolutes Eingriffsverbot (VfGH, E 3152/2017)

Uneinheitliche Anwendung/Berücksichtigung durch Behörden und Gerichte

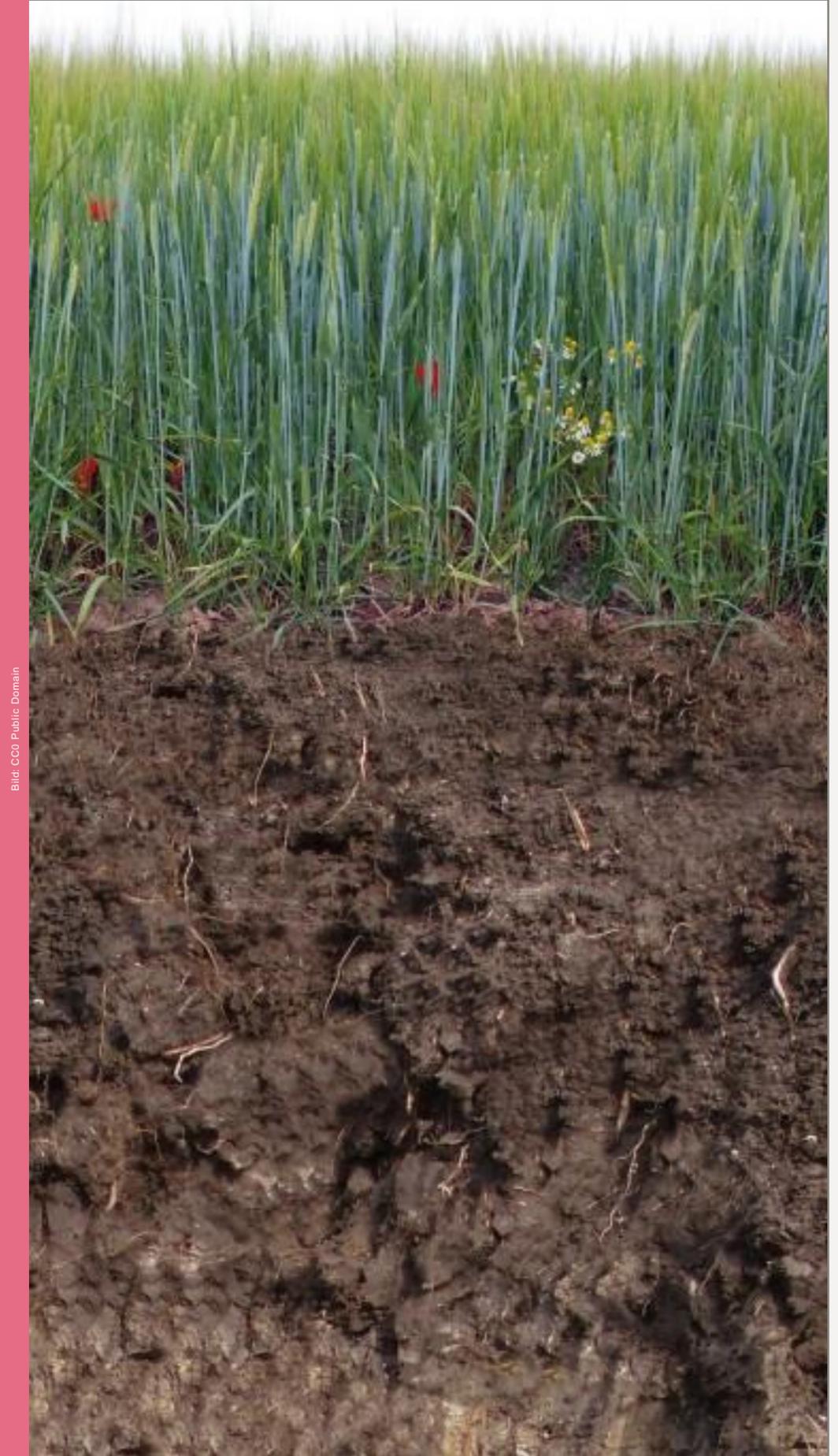


Bild: CC0 Public Domain



Art 14 – Auswirkungen touristischer Infrastrukturen

Vorgaben:

- Vermeidung nachteiliger Auswirkungen von touristischen Aktivitäten
- Stabilisierung des Bodens
- Wiederherstellung

Genehmigungsschranken:

- Bau und die Planierung von Skipisten in Wäldern mit Schutzfunktion nur in Ausnahmefällen
- Genehmigungshindernis in „labilen Gebieten“
 - „Mutterer Alm“, VfGH 8.6.2005, 2004/03/0116
 - „Gorner Piste“, LVwG-2019/41/0037-13

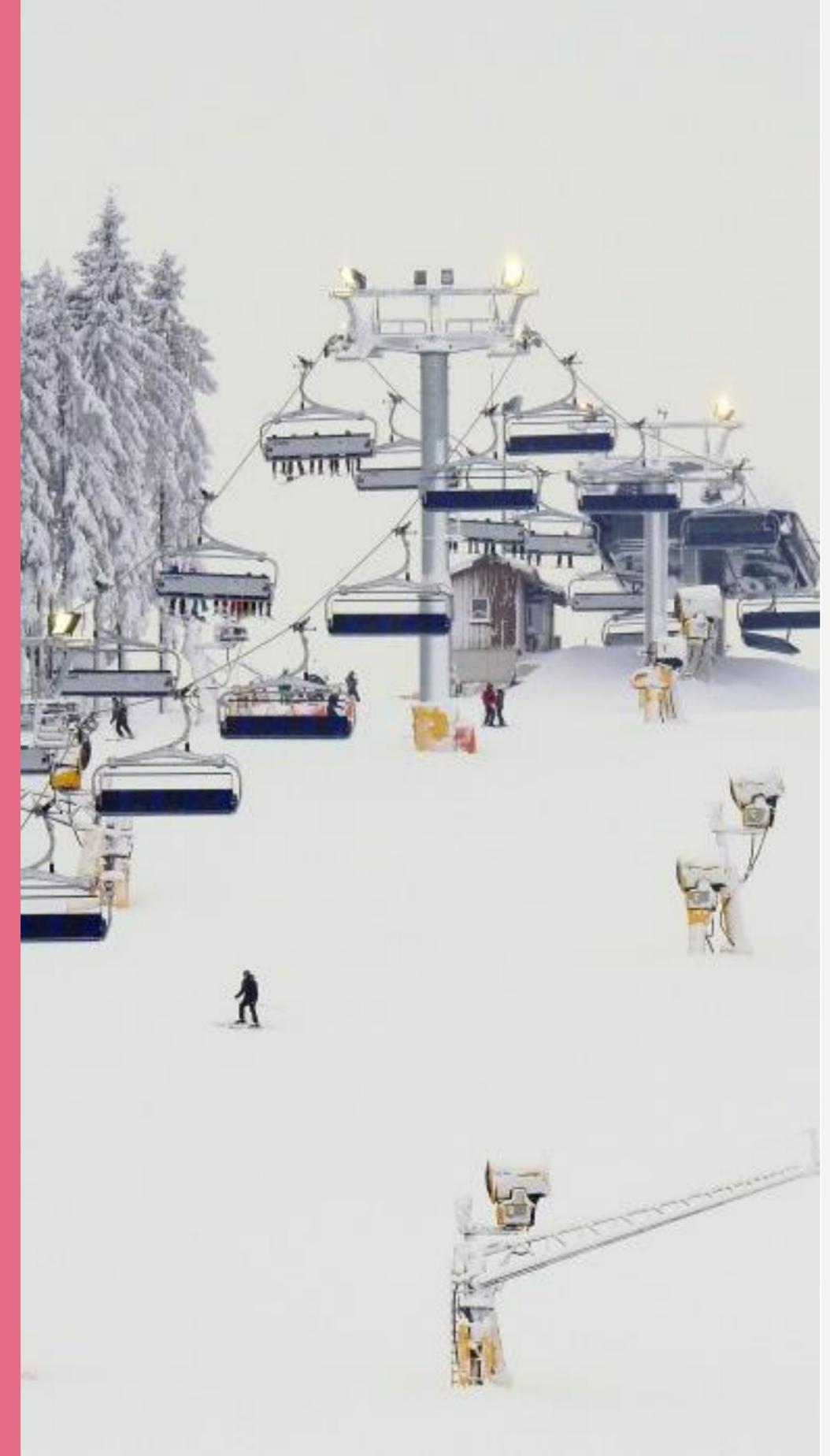


Bild: CCO Public Domain





Weitere relevante Bestimmungen

Art 10 bis Art 13

**Schutz vor
Naturgefahren und
Bodenerosion,
Bodenverdichtung**



Bodenschutzrelevante Bestimmungen aus allen Protokollen

Protokoll	Bestimmungen
Tourismus	Art 3; Art 5 Abs 2 b); Art 14 Nr
Berglandwirtschaft	Art 2; Art 8; Art 9; Art 10; Art 13
Raumplanung und nachhaltige Entwicklung	Art 3 c); Art 5; Art 9 Abs 2 insb d) Abs 4; Art 10
Bergwald	Art 2; Art 6, Art 7
Verkehr	Art 4; Art 7 Abs 2 c); Art 12 Abs 1
Naturschutz und Landschaftspflege	Art 4
Energie	Art 3 Abs 2; Art 11

Berücksichtigung in anderen Politiken:

- Bereichsübergreifender Ansatz
- Raumordnung, Siedlungs- und Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Rohstoffgewinnung, Industrie, Gewerbe, Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Wasser- und Abfallwirtschaft und Luftreinhaltung

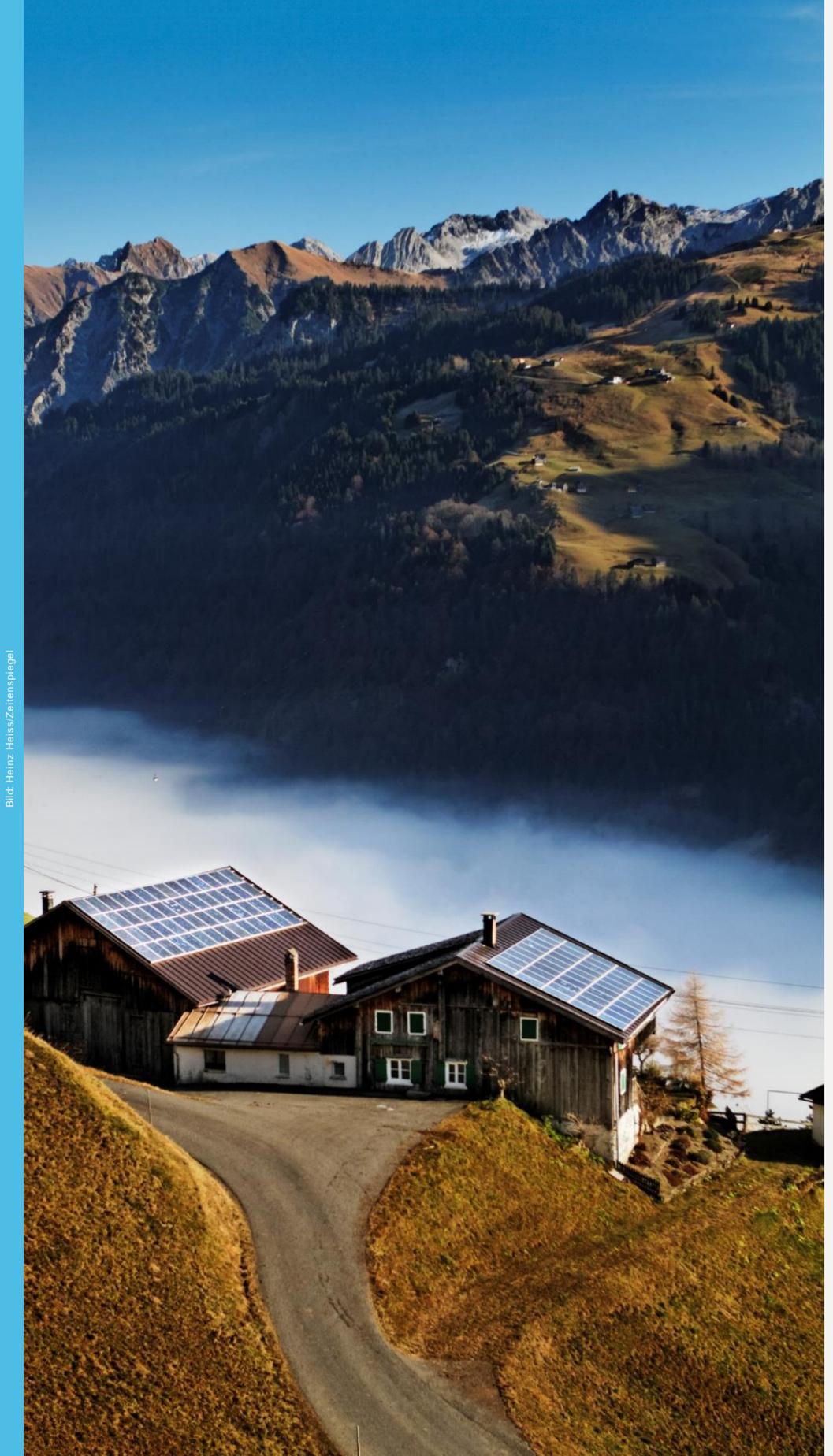


Bild: Heinz Heiss/Zeitspiegel

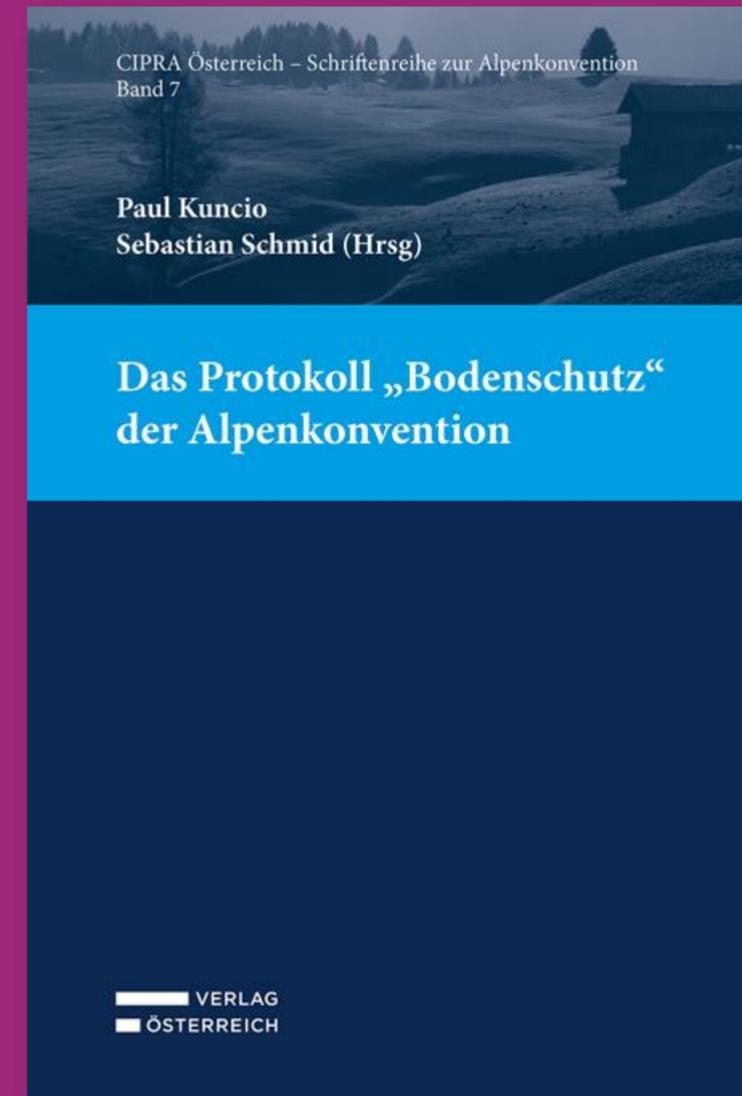


Zusammenfassung

Umfassender Bodenschutz:

- **Über den innerstaatlichen Rechtsbestand hinausgehender Bodenschutz**
- **Bereichsübergreifender Ansatz mit dem Ziel eines sparsamen und schonenden Umgangs mit Böden und dem Erhalt der vielfältigen Funktionen**
- **Steigende Relevanz durch Folgen des Klimawandels**

BSchP als eine Art „Bundesbodenschutzgesetz“?



Vielen Dank!

Weitere Information unter
www.cipra.org www.alpenkonventionsrecht.at